

Baldi, Guido

**Article**

## Politische Lähmung in den USA wahrscheinlich - auch unser Problem?

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Baldi, Guido (2022) : Politische Lähmung in den USA wahrscheinlich - auch unser Problem?, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 89, Iss. 46, pp. 608-, [https://doi.org/10.18723/diw\\_wb:2022-46-3](https://doi.org/10.18723/diw_wb:2022-46-3)

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/266750>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



GUIDO BALDI

## Politische Lähmung in den USA wahrscheinlich – auch unser Problem?

Guido Baldi ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der  
Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin  
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Nach den Zwischenwahlen in den USA bleibt auf der politischen Ebene kaum Zeit zum Durchatmen. Denn nun werden die Spekulationen darüber beginnen, wer von den Demokraten und Republikanern in das Rennen um die wohl äußerst kontroversen Präsidentschaftswahlen in zwei Jahren einsteigen wird. Auch wenn die Zwischenwahlen in beiden Parteien die moderateren Kräfte etwas stärken könnten, bleibt die Gesellschaft in vielen Bereichen gespalten. Das bedeutet politische Unsicherheit in einer Zeit, in der die US-Wirtschaft vermutlich in eine Rezession oder zumindest eine Wachstumsverlangsamung mit steigender Arbeitslosigkeit schlittern wird. Angesichts der immer noch hohen und erst langsam rückläufigen Inflation bleibt der Notenbank Fed kaum etwas anderes übrig, als die Zinsen weiter zu erhöhen. Sofern sich die Inflation nicht doch schneller als allgemein erwartet zurückbildet, werden die Zinsen wohl von heute vier Prozent noch auf etwa fünf Prozent steigen. Die restriktivere Geldpolitik wird die US-amerikanische Konjunktur bis zu den Präsidentschaftswahlen im November 2024 ausbremsen, was vor allem den Demokraten als der Partei des Amtsinhabers schaden dürfte.

Die Finanzpolitik hingegen wird wohl deutlich passiver sein. Denn Gelegenheit für Biden, der sich abkühlenden Konjunktur mittels Ausgabensteigerungen Schub zu verleihen, wird es vermutlich nur eingeschränkt geben. Die Republikaner werden wohl versuchen, Vorhaben von Joe Biden auszubremsen, was den politischen Betrieb teilweise lähmen dürfte. Angesichts der wohl zu umfangreichen und inflationstreibenden Fiskalpakete während der Pandemie kann eine passivere Fiskalpolitik aus makroökonomischer Sicht zwar durchaus positiv bewertet werden. Allerdings gibt es auch eine Kehrseite: Eine Rezession ohne gleichzeitigen fiskalischen Stimulus wird die wirtschaftliche Lage für viele Menschen schwieriger und den Wahlkampf noch heftiger machen als ohnehin schon zu erwarten ist. Ein Risiko besteht zudem darin, dass die regelmäßig anstehenden Anhebungen der Schuldenobergrenze für den Bundeshaushalt einmal mehr zum Spielball der Parteiinteressen werden und sich die Gefahr eines Zahlungsausfalls erhöht.

Die politische Lähmung und die zwei Jahre bis zum ungewissen Ausgang der US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen kommen für die europäischen Volkswirtschaften zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Sie werden bereits durchgeschüttelt durch die Energiekrise, die dramatisch hohe Inflation sowie die abgekühlte Weltwirtschaft. Die US-Wirtschaft wird durch diese Faktoren alles in allem weniger stark getroffen und sie hat zudem den pandemiebedingten Wirtschaftseinbruch besser verdaut als der Euroraum. So erreichte die US-Wirtschaftsleistung das Vorkrisenniveau von Ende 2019 bereits im Frühsommer 2021 wieder, während dies im Euroraum Ende 2021 und in Deutschland sogar erst im Sommer 2022 der Fall war.

Neben all den anderen Belastungen für die europäischen Volkswirtschaften kommt nun noch die Ungewissheit über den politischen Kurs der Vereinigten Staaten nach den kommenden Präsidentschaftswahlen hinzu – etwa was die Zukunft der transatlantischen Handelsbeziehungen, das Mittragen von klimapolitischen Zielen oder den militärischen Schutzschirm für Europa betrifft. Solche Unsicherheiten können etwa die Investitionsneigung der Unternehmen verringern und die bereits eingetrübten ökonomischen Aussichten zusätzlich dämpfen. Die drohende schwache wirtschaftliche Entwicklung macht es für uns in Europa aber schwieriger, die Energiewende oder die Erneuerung der Infrastruktur zu finanzieren. Auch in den USA braucht es Investitionen in die Energiewende und die Infrastruktur; unter Joe Biden hat die US-Regierung hierfür bereits beträchtliche finanzielle Mittel für die kommenden Jahre bereitgestellt. Vor diesem Hintergrund ist die sich abzeichnende politische Lähmung bis zu den Präsidentschaftswahlen für die USA wirtschaftspolitisch verkraftbar. Oder um eine alte Redewendung des ehemaligen US-Finanzministers John Connally aus dem Jahr 1971 abzuändern: Die anstehenden Präsidentschaftswahlen sind zwar vor allem für die USA selbst äußerst wichtig, werden aufgrund der hohen Bedeutung und der Unsicherheiten über den Ausgang aber auch ein großes Problem für Europa sein.

## IMPRESSUM

---



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

89. Jahrgang 16. November 2022

### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;  
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;  
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten  
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

### Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;  
Kristina van Deuverden

### Lektorat

Dr. Stefan Bach

### Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Kevin Kunze; Sandra Tubik

### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg  
leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

### Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, Eva Kretschmer, DIW Berlin

### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den  
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter  
unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)